

# Kommunisten, Sozialdemokraten und das Demokratiedefizit in der Arbeiterbewegung

Stefan Berger

Im 20. Jahrhundert blieben die Debatten über die soziale Demokratie im Rahmen der Frage nach Transformation oder Reform des Kapitalismus. Das galt sowohl für die politische als auch für die akademische Debatte. Linke Politiker stritten über diese Frage, und zumeist links von der Mitte stehende Akademiker diskutierten die Hauptzüge unterschiedlicher Transformations- und Reformstrategien. Daß dies so war, lag weitgehend am Sieg der Bolschewiki in der Sowjetunion (ab 1917) und der nachfolgenden Entstehung starker kommunistischer Parteien, schließlich auch kommunistischer Regime in vielen Weltteilen. Zinovjews 21 Bedingungen für die Aufnahme in die neue Kommunistische Internationale spalteten die sozialdemokratischen Parteien in den meisten europäischen Ländern, und die darauf folgende Zweiteilung der politischen Arbeiterbewegung in sozialdemokratische und kommunistische Parteien wurde zu einem bestimmenden Kennzeichen des kurzen 20. Jahrhunderts.<sup>1</sup> Allerdings bezeichneten sich nicht alle sozialdemokratischen Parteien als sozialdemokratisch. Die französischen Sozialisten, die britische Labour Party und die deutschen Sozialdemokraten bekannten sich sämtlich zu einem deutlich umrissenen Ideenbestand, der sie in die Sozialistische Arbeiterinternationale führte und von der Komintern abgrenzte. Wichtige graduelle Unterschiede spiegelten sich zuweilen in den Selbstbezeichnungen dieser Arbeiterparteien, aber im großen ganzen können sie alle als sozialdemokratisch eingestuft werden, nicht zuletzt deswegen, weil sie die Hauptwidersacher der kommunistischen Parteien im Spektrum der Linken wurden. Die Zweiteilung dominierte schließlich die Debatte über die Linke im 20. Jahrhundert.<sup>2</sup> Kommunisten und die kommunistische Historiographie beschuldigten die Sozialdemokraten, sie verrieten die Interessen der Arbeiterklasse durch Preisgabe des Endziels und Orientierung auf die Reformierung des Kapitalismus. Sozialdemokraten und die sozialdemokratische Historiographie wollten dagegen alternative Wege zu einem Gesellschaftsprojekt rechtfertigen, das eine Verteilung der Ressourcen und Lebensaussichten durch Verbinden von staatlicher Intervention und Märkten erreichen sollte. Kommunisten wie Sozialdemokraten ging es vorwiegend darum, mehr soziale Gleichstellung von oben her durchzusetzen. Beide stritten um die besten Mittel zu diesem Zweck. Folglich drehte sich die Debatte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im 20. Jahrhundert in vielem um sozialökonomische Systeme

---

1 Siehe Eric Hobsbawm: *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914-1991*, London 1994 (dt. zuerst: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München u. a. 1995).

2 Siehe Geoff Eley: *Reviewing the Socialist Tradition*, in: Christiane Lemke/Gary Marks (Hrsg.): *The Crisis of Socialism in Europe*, Durham 1992, S.21-60.

– eine Art von feindseligem Dialog zum Thema, welche Wirtschaftsordnung für die Mehrzahl der Angehörigen der Gesellschaft vorteilhafter wäre.<sup>3</sup>

Der Kapitalismus bestimmte das Diskursmuster der Debatte. Andere Fragen hatten zurückzutreten. Zweifellos gehörte die Demokratie zu den Fragen, die in der Linken nicht gründlich diskutiert wurden. 1919 behauptete Sidney Webb, daß „die Sozialisten bisher sehr wenig zur Theorie oder Praxis der Demokratie beigesteuert haben“.<sup>4</sup> 76 Jahre später konnte Will Hutton noch immer schreiben: „Die Demokratie oder die Reform des Staatsaufbaus stand nie weit oben auf dem sozialistischen Wunschzettel.“<sup>5</sup> Eine gründliche vergleichende Analyse der Beschäftigung kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien mit dem Begriff und der Theorie der Demokratie würde gewiß erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien aufdecken, aber ich behaupte hier, daß die Debatten über die Demokratie überall den von den Debatten über den Kapitalismus gesetzten Rahmen einzuhalten hatten. Selbst der abtrünnige Kommunist Arthur Rosenberg, der den rühmenswürdigen Versuch unternahm, 150 Jahre Sozialismusgeschichte im analytischen Rahmen von „Sozialismus und Demokratie“ zu beschreiben, konnte diesem Diskursmuster nicht entrin- nen. Rosenberg unterschied zwischen sozialistischer Demokratie und verschiedenen Formen bürgerlicher Demokratien. Sozialistische Demokratie wurde definiert durch das Endziel, den Kapitalismus abzuschaffen und die Selbstverwaltung der Massen einzuführen. Dagegen war die soziale Demokratie für Rosenberg eine von vier Typen der bürgerlichen Demokratie. Sie bezwecke zwar die politische Emanzipation der arbeitenden Klassen, stelle aber die Existenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht in Frage. Daher stehe sie den anderen drei Typen der bürgerlichen Demokratie näher: der imperialistischen (England), der liberalen (Schweiz, Norwegen) und der kolonialen (Kanada) Demokratie.<sup>6</sup> Und natürlich, um nur ein weiteres einflußreiches Beispiel zu nennen, besagt Max Horkheimers berühmtes Diktum: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, ebenfalls: Wer über Demokratie (oder schließlich über irgendein poli- tisches System) reden will, muß auch vom Kapitalismus reden. Nicht nur marxistische Historiker und Politiker gingen von der Annahme aus, daß das Wirtschaftssystem die Politik bestimme; diese Behauptung teilten viele derjenigen bürgerlichen Sozial- historiker, die beim Abfassen ihrer Geschichtswerke auf Max Webers Sozialtheorie zurückgriffen. Auch sie glaubten, sozialökonomische Wandlungen seien bestimmend

---

3 Zu ausgezeichneten Übersichten über die europäische Linke im 20. Jahrhundert siehe Donald Sassoon: *One Hundred Years of Socialism: The West European Left in the Twentieth Century*, London 1996; Stefano Bartolini: *The Political Mobilization of the European Left 1860-1980. The Class Cleavage*, Cambridge 2000, und Geoff Eley: *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850-2000*, Oxford 2002.

4 Sidney Webb: *A Stratified Democracy*, in: *New Commonwealth*, 28.11.1919, Beilage, S.2.

5 Will Hutton: *The State We're In*, London 1995, S.48.

6 Siehe Arthur Rosenberg: *Demokratie und Sozialismus*, Amsterdam 1938, Nachdruck Frankfurt a.M. 1962; s. a. die englische Ausgabe *Democracy and Socialism. A contribution to the political history of the past 150 years*, London 1939.

für politische Wandlungen. Mit dem Aufstieg des Poststrukturalismus und einer neuen politischen Geschichte in den 1980er und 1990er Jahren wurden solche Voraussetzungen struktureller ökonomischer Determiniertheit scharf kritisiert. Stattdessen strich man die Autonomie politischer Prozesse und die Konstruiertheit aller zum Verständnis der Welt verwendeten Konzepte und Ideen heraus. Doch während eines Großteils des 20. Jahrhunderts teilten kommunistische und sozialdemokratische Historiographen den festen Glauben an die Existenz solcher Zusammenhänge von der Wirtschaftsordnung als primär und dem politischen System als sekundär.

War der Kapitalismus der Angelpunkt der Debatte, so diskutierten Kommunisten und Sozialdemokraten und ihre jeweiligen Historiographen auch über die Vorzüge und die Wortbedeutung von „Demokratie“. Beide Ideologien versuchten, die Idee der Demokratie für sich zu beanspruchen. Kommunisten bezogen sich gewöhnlich auf die Marxsche Unterscheidung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie.<sup>7</sup> Marx behauptete, in der französischen Revolution von 1848 hätten sich die beiden Demokratie-Konzepte erstmals getrennt. Die bürgerliche Demokratie beruhe weiter auf dem Pfeilerpaar der individuellen Rechte und Freiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit. Hier sei die Demokratie ein formaler Mechanismus der Interessenvertretung. Die proletarische Demokratie gehe davon aus, daß die formal-demokratischen Mechanismen mit sozialem Inhalt erfüllt werden müssen. Außerdem bedürfe die politische Demokratie der Ergänzung durch die Demokratisierung der Machtverhältnisse in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft. Die auf den politischen Bereich beschränkte Demokratie habe letztendlich der partizipativen Demokratie in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft zu weichen. In späterer Zeit sollte die Räte-demokratie der Pariser Kommune für Marx das Vorbild einer echten proletarischen Demokratie bieten.<sup>8</sup> Nach Marx würde solch eine partizipative Demokratie den Staat in den Dienst echter menschlicher Bedürfnisse stellen. In dieser Hinsicht vertrat er das Gegenbild zu Hegels Staatsphilosophie.

Marx führte auch den Ausdruck „Diktatur des Proletariats“ ein, der danach viel Anlaß zu Mißverständnissen bot. Marx gebrauchte den Ausdruck nicht, um die Beseitigung des demokratischen Republikanismus anzuregen. Er verwendete ihn vielmehr, um die künftige proletarische Demokratie zu beschreiben. Marx zufolge beruhten alle Demokratien auf einer Klassenherrschaft. Die demokratische Republik sei die fortgeschrittenste politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Auf ihrem Boden habe der Klassenkampf des Proletariats die besten Erfolgsaussichten. Marx brach entschieden mit dem Verschwörergeist der von ihm so genannten utopischen Sozialisten. Die proletarische Demokratie, nach der Revolution errichtet, würde die demokratische Republik nicht abschaffen. Wandeln würden sich nur der Kontext und der Inhalt dieser Republik. Doch daß Marx für eine „Diktatur des Proletariats“ eintrat, gab Raum für Fehlkonstruktionen, zumal er sich nie darum

---

7 Siehe Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin 1960, S.111-207.

8 Siehe A. Demirovi: Marx und die Aporien der Demokratietheorie, in: Das Argument, Jg. 30, 1988, S.847-860.

kümmerte, die Frage nach der sozialen Organisation der Demokratie systematisch zu durchdenken.<sup>9</sup> Die Bolschewiki rechtfertigten ihre Ablehnung der liberal-demokratischen Herrschaft und der repräsentativen Demokratie damit, daß eine gesonderte Periode einer „Diktatur des Proletariats“ notwendig sei, in der die alte Klassengesellschaft zu überwinden wäre. Die Bolschewiki konnten sich dazu auf den Avantgardismus berufen, d. h. auf die Idee, daß ihre Partei, eine Minderheit von Revolutionären, die theoretischen Mittel und Erkenntnisse zum Führen der arbeitenden Klassen besitze und in ihrem Namen und Interesse handle. Sobald die klassenlose Gesellschaft geschaffen sei und es Übereinstimmung der Interessen gebe, seien zudem nicht mehrere politische Parteien nötig, denn es brauchten nicht mehr antagonistische Interessen vertreten zu werden. Reale Demokratie bestehe nun in der energischen Verteidigung der Arbeiter- und Bauerninteressen durch die kommunistische Partei. Politische Diskussionen und Debatten fanden nur in den Führungsorganen dieser Partei statt. Die demokratischen Rechte des Volkes, die z. B. die Stalinsche Verfassung von 1936 verkündete, waren reiner Lug und Trug.<sup>10</sup> Die Kluft zwischen dem offiziellen kommunistischen Demokratiediskurs und der Wirklichkeit scharfer Unterdrückung von Ideen, die den Führern der kommunistischen Partei mißfielen, war für alle, die sehen wollten, immer stärker sichtbar.

Die Sozialdemokraten hoben emsig das Fehlen demokratischer Grundrechte in kommunistischen Vorstellungen hervor und behaupteten oft, die diktatorische Natur der Kommunisten rücke sie in die Nähe des Faschismus. Beide Regime seien zwei Seiten einer Medaille namens Totalitarismus. Die Sozialdemokraten präsentierten sich angelegentlich als die Erben jener Demokraten des 19. Jahrhunderts, die hart darum gekämpft hatten, die Hinterlassenschaft des Liberalismus zu überwinden. Bürgerschaftlichkeit sollte nicht mehr durch Bildung und Eigentum definiert sein. Die Wahlrechtsreform wurde zur Parole der Sozialdemokraten in ganz Europa, weil sie der Mehrheit der Menschen Zugang zum politischen Bereich verschaffen wollten. Sie entnahmen ihr Stichwort ebenfalls den marxistischen Debatten um die Herausbildung von Klassen und glaubten fest, die arbeitenden Klassen würden letzten Endes die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerung stellen. Die Aufgabe der Sozialdemokraten sei es, diese Arbeiter zu schulen und so zur Entwicklung ihres Klassenbewußtseins beizutragen. Diesen Schulungsprozeß – auch hier deutlich einer Avantgarde zugeordnet – könne am besten eine stark zentralisierte landesweite Partei vollziehen. Klassenbewußte Arbeiter würden für diese Partei stimmen, was dieser wiederum erlauben werde, die Staatsmacht zu ergreifen. Das Ergreifen der Staatsmacht galt als Vorbedingung dafür, den Kapitalismus zunehmend zu reformieren und ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einzuführen. Der unter west-

---

9 Siehe Uwe-Jens Heuer: Demokratie/Diktatur des Proletariats, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Berlin 1995, S.534-551.

10 Siehe Iring Fetscher: Von Marx zur Sowjetideologie. Darstellung, Kritik und Dokumentation des sowjetischen, jugoslawischen und chinesischen Marxismus, Frankfurt a.M. 1977, S.132-138.

europäischen Sozialdemokraten weit verbreitete Glaube, durch das Ergreifen der Staatsmacht vermittels der Wahlen werde es unweigerlich zum Sozialismus kommen, führte mit dazu, daß sich getreue Anhänger des Sozialismus in der II. Internationale einem unkritischen Etatismus verschrieben. Der Sozialismus würde beginnen, sobald die sozialdemokratischen Repräsentanten der Arbeiterklasse den Staatsapparat in der Hand hätten. Der Kautskyanismus, der Bernsteinsche Revisionismus, der Fabianismus und die meisten Varianten des marxistischen Denkens auf dem Kontinent waren in diesem Glauben an den Etatismus vereint.

Die Demokratie wurde somit in erster Linie ein Mittel zum Zweck. So erklärte das Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) von 1869: „Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“<sup>11</sup> Die politische Demokratie war also das Mittel, soziale Gleichstellung zu erreichen. Als Eduard Bernstein sich erlaubte, anderer Meinung zu sein, und behauptete, Sozialismus bedeute für ihn in letzter Instanz Demokratie und Selbstverwaltung,<sup>12</sup> wollten ihm viele in der eigenen Partei nicht folgen. Mit Karl Kautsky glaubten sie, daß die bestehende Klassengesellschaft jede echte Demokratie unmöglich mache. Demokratische Institutionen im Klassenstaat würden jedoch den Klassenkampf erleichtern und so das Klassenbewußtsein steigern. Sie würden den Weg zur proletarischen Revolution bahnen, die in demokratischen Staaten, wie Großbritannien und Deutschland nach 1918, letztlich mit friedlichen Mitteln, d. h. mittels der Wahlen, geschehen werde. Deshalb war es nicht überraschend, daß Kautsky mit seinem „demokratischen Marxismus“<sup>13</sup> gegen eine Übernahme des bolschewistischen Experiments in Westeuropa auftrat. Da Kautsky den genauen Charakter der demokratischen Transformation vom Kapitalismus zum Sozialismus nirgends spezifisch analysierte, blieb seine Demokratievorstellung weitgehend auf die parlamentarische Repräsentation und den Einsatz für die Rechte des einzelnen ausgerichtet. Allgemein ist zu bemerken, daß die marxistisch-sozialdemokratischen Bewegungen im späten 19. Jahrhundert den Details der Demokratie und der Demokratisierung wenig Aufmerksamkeit widmeten. Schließlich hatten sie praktisch alle (in unterschiedlichem Maß) eher mit dem Fehlen von demokratischen Strukturen zu kämpfen. Deshalb wollten sie lieber um demokratische Institutionen ringen als über knifflige Probleme demokratischer Systeme grübeln.<sup>14</sup>

Indessen könnte man behaupten, daß Kautsky, Bernsteins Hauptgegner in der Revisionismusdebatte, ziemlich ironischerweise ebenso dem liberal-demokratischen Denken verpflichtet war wie sein ideologischer Widersacher. Beide hielten an dem

---

11 Abgedruckt in: Dieter Dowe (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1984, S.173-178, hier S.174.

12 Siehe Manfred B. Steger: The Quest for Evolutionary Socialism: Eduard Bernstein and Social Democracy, Cambridge 1997, S.140.

13 Dick Geary: Karl Kautsky, Manchester 1987, S.78.

14 Siehe Anton Pelinka: Social Democratic Parties in Europe, New York 1983, S.14.

Glauben fest, daß die politische Demokratie die normative Vorbedingung für die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft sei. Sowohl Bernstein wie auch Kautsky verfochten das Konzept der repräsentativen Demokratie, die sie höher stellten als die direkte Demokratie.<sup>15</sup> In dieser Hinsicht folgten sie eher Kant und Mill als Rousseau, und beide waren von der juristisch fundierten Sprache der britischen Verfassungstheorie beeinflusst. Bernstein achtete jedoch zweifellos mehr auf die diffizilen Probleme der Demokratisierung und verknüpfte die Demokratie fester mit dem Sozialismus als die meisten anderen Marxisten seiner Zeit, Kautsky eingeschlossen.

Die europaweite Revisionismusdebatte offenbarte, wie sehr sozialdemokratische Führer in marxistischen Parteien an repräsentativen Demokratieformen festhielten. Ramsay MacDonald betrachtete seinen engen persönlichen Freund Bernstein als intellektuellen Mentor.<sup>16</sup> Der französische Sozialist Jean Jaurès war wie Bernstein davon überzeugt, daß Republikanismus und Demokratie unbegrenzt in allen Bereichen der Gesellschaft voranschreiten würden. Er rief seine sozialdemokratischen Genossen auf, sich konstruktiv in den politischen Prozeß einzubringen und Bündnisse mit anderen Parteien und Klassen zu schließen, um den Zielen der Sozialdemokratie auf spezifischen Gebieten der Politik näherzukommen.<sup>17</sup> Die Schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) hatte bekanntlich ihre eigene Bernstein-Version in Gestalt Hjalmar Brantings, der – anders als Bernstein – seine Partei von deren Gründung bis 1925 nahezu unangefochten anführte. Antonio Labriola, der „Vater des italienischen Marxismus“, verfocht die schrittweise Einführung einer Gesellschaftsreform, welche die demokratische Idee ausdehnen und an bestehende demokratische Institutionen knüpfen würde.<sup>18</sup>

In der Weimarer Republik hatte die junge deutsche Demokratie keinen entschiedeneren Protagonisten als die Sozialdemokratie. Das Görlitzer Programm von 1921 gelobte Treue zur „demokratischen Republik“. Rudolf Hilferdings Theorie des „organisierten Kapitalismus“ verstand die Demokratie als die spezifische Staatsform der Arbeiterklasse. Wie sein Mentor Kautsky vertrat Hilferding die Vorstellung, daß die Demokratie die Grundbedingung für die sozialistische Transformation der Gesell-

---

15 Kautsky trug wirksam dazu bei, den deutschen sozialistischen Apostel der direkten Demokratie, Moritz Rittinghausen, aus dem Feld zu schlagen. Er attackierte ihn von 1893 an energisch. Zu dessen Ideen über die direkte Demokratie siehe Moritz Rittinghausen: *Die direkte Gesetzgebung durch das Volk*, Köln 1877. Zu Kautskys Vorwürfen gegen Rittinghausen siehe Karl Kautsky: *Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie*, Stuttgart 1893.

16 Siehe David Marquand: *Ramsay MacDonald*, London 1977, S.56-58, 164.

17 Zu Jaurès siehe Leszek Kołakowski: *Main Currents of Marxism. Its Rise, Growth and Dissolution*, Bd. 2, Oxford 1978, S.129-132. (dt. zuerst: *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall*, 3 Bde., München-Zürich 1977-1979).

18 Siehe Luigi Dal Pane: *Antonio Labriola nella Politica e nella Cultura Italiana*, Turin 1975.

schaft sei.<sup>19</sup> Sozialdemokratische Verfassungstheoretiker wie Gustav Radbruch und Hermann Heller leisteten in den 1920er Jahren bedeutende Beiträge zur Demokratietheorie.<sup>20</sup> Sie betonten die zentrale Stellung der Rechtsstaatlichkeit beim Schutz aller Bürger vor Übergriffen des Staates auf die Sphäre ihrer individuellen Rechte. In der Zwischenkriegszeit dienten die Sowjetunion wie auch eine Reihe von faschistischen Regimen als starke Mahnung, wie wichtig der demokratisch verfaßte Staat im sozialdemokratischen Projekt war. Im autobiographischen Rückblick auf seine Erfahrungen als Justizminister in der Weimarer Republik äußerte Radbruch seine Enttäuschung darüber, daß er und seinesgleichen nicht vermocht hatten, die Sozialdemokraten noch fester an den demokratischen Staat zu binden: „Man hätte [...] der Masse mit allem Nachdruck sagen müssen, daß mit der Demokratie die Hälfte des sozialdemokratischen Programms verwirklicht sei, und daß es nun zuerst gälte, die gewonnene Stellung fest auszubauen.“<sup>21</sup>

Anderswo war es leichter gewesen, die Sozialdemokratie auf das Eintreten für den liberal-demokratischen Staat festzulegen. Während der Periode von Ministerpräsident Giovanni Giolitti vor dem Ersten Weltkrieg war die Parlamentsfraktion der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI) fest auf den parlamentarischen Weg zum Sozialismus eingeschworen.<sup>22</sup> In Spanien setzte die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) nach dem Abschluß eines Bündnisses mit den Republikanern (1910) ihre gesamte Energie daran, einen liberal-demokratischen Staat zu erreichen. Danach bekannten sich bedeutende Parteiführer wie Indalecio Prieto zur Modernisierung und Regeneration Spaniens unter liberal-demokratischen (aber kapitalistischen) Bedingungen.<sup>23</sup> Die britische Labour Party folgte nach 1918 den Lehren MacDonalds sowie von Beatrice und Sidney Webb. Ihre Abgeordneten waren durch und durch für den parlamentarischen Weg zum Sozialismus.<sup>24</sup> Die schwedische SAP verstand sich schon in den 1920er Jahren nicht mehr als Partei der Arbeiterklasse, sondern als Volkspartei; sie verwendete dabei Per Albin Hansons Vorstellung vom Volksheim (*folkhemmet*) als entscheidendes ideologisches Instrument.<sup>25</sup> Die niederländische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) löste 1937 ihre Bindung an den Marxismus. Statt für den Klassenkampf erklärte sie sich für die soziale Reform

---

19 Siehe F. Peter Wagner: Rudolf Hilferding: Theory and Politics of Democratic Socialism, Atlantic Highlands 1996.

20 Siehe Hermann Heller: Staat, Nation und Sozialdemokratie (1925), in: ders.: Gesammelte Schriften, Leiden 1971, S.527-542.

21 Gustav Radbruch: Der innere Weg. Aufriß meines Lebens, Göttingen 1961, S.131.

22 Siehe Toby Abse: Italy, in: Stefan Berger/David Broughton (Hrsg.): The Force of Labour, Oxford 1995, S.145-147.

23 Siehe Angel Smith: Spaniards, Catalans and Basques: Labour and the Challenge of Nationalism in Spain, in: Stefan Berger/ders. (Hrsg.): Nationalism, Labour and Ethnicity, c. 1870-1939, Manchester 1999, S.74f.

24 Siehe Ralph Miliband: Parliamentary Socialism, London 1961.

25 Siehe Sheri Berman: The Social Democratic Moment. Ideas and Politics in the Making of Inter-War Europe, Cambridge (Massachusetts) 1998, Kap. 7.

und die Erhaltung der Demokratie als wichtigste Ziele der Partei.<sup>26</sup> Aber auch in Ländern, die für ihre eher illiberalen Traditionen bekannt waren, verfochten Sozialdemokraten häufig die Werte der liberalen Demokratie. Im Juli 1933 mahnte Otto Bauer seine österreichischen sozialistischen Genossen, nicht die Tatsache zu übersehen, daß die Errichtung einer Diktatur des Proletariats inmitten entstehender faschistischer Diktaturen nicht in Frage komme. Statt dessen, so argumentierte er, falle die Entscheidung heute nicht zwischen Demokratie und Diktatur des Proletariats, sondern zwischen der Demokratie und der Diktatur des Faschismus.<sup>27</sup>

Speziell in der Zwischenkriegszeit stärkte die Instabilität einer Reihe von Demokratien wieder die allgemeine Neigung der Sozialdemokraten, sich eher für die Klassen und den Klassenkampf zu interessieren, als für die Demokratie an sich. Schonungsloser Klassenkampf von oben schien in vielen der unlängst errichteten demokratischen Regime Mittel- und Osteuropas die bürgerliche Demokratie zu zerstören. Konnte die bürgerliche Demokratie also jemals zum Sozialismus führen? Viele Sozialdemokraten hielten weiter an diesem Glauben fest, obwohl bedeutende Minderheiten in den sozialdemokratischen Parteien anderer Ansicht waren. Letzten Endes fußten die Einheits- und Volksfronten der 1930er Jahre sämtlich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner: Verteidigung der parlamentarischen Demokratie gegen die vordringenden Kräfte des Faschismus.

Nach 1945, unter den Bedingungen der *Pax Americana* in Westeuropa, beschränkten sich die sozialdemokratischen Demokratie-Vorstellungen auf die parlamentarische Vertretung, die Rechtsstaatlichkeit und das Verfechten der Rechte des Individuums. Insbesondere wurde jetzt der „schwedische Weg zum Sozialismus“ zum Vorbild für viele Sozialdemokraten in Westeuropa. Die schwedische SAP hatte seit den frühen 1930er Jahren unbestreitbar als erste sozialdemokratische Partei und mit größtem Erfolg pluralistische demokratische Machtpolitiken akzeptiert und praktiziert. Sie hatte ein gewichtiges Bündnis mit der Agrarpartei (die überwiegend landwirtschaftliche Interessen vertrat) geschlossen und als Regierungspartei mit keynesianisch-antizyklischen Wirtschaftspolitiken zu experimentieren begonnen. Im Rahmen der liberalen konstitutionellen Ordnung und des demokratischen Staates gingen die schwedischen Sozialdemokraten daran, einen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ zu produzieren. Die SAP war der Überzeugung, daß Demokratie und klassenübergreifende Bündnisse der Schlüssel zu einer künftigen sozialistischen Gesellschaft seien. Ihre führenden Theoretiker wie Hjalmar Branting, Ernst Wigforss und Per Edvin Sköld waren ihre führenden Politiker, und sie glaubten gemeinsam grundsätzlich an die Fähigkeit des liberal-demokratischen Staates, den Sozialismus hervorzubringen.

---

26 Siehe Dietrich Orlow: *Common Destiny. A Comparative History of the Dutch, French and German Social Democratic Parties, 1945-1969*, Oxford 2000, S.21.

27 Siehe Otto Bauer: Um die Demokratie, in: *Der Kampf*, Jg. 26, Juli 1933, S.270, wiedergegeben nach: Gerd-Rainer Horn: *European Socialists Respond to Fascism. Ideology, Activism and Contingency in the 1930s*, Oxford 1996, S.22.

War die kommunistische Demokratie-Vorstellung das fadenscheinigste Feigenblatt einer Diktatur, so wurde die sozialdemokratische Demokratie-Vorstellung zunehmend auf liberale Versionen der repräsentativen Demokratie eingeengt.

Was zunehmend zwischen den dominanten kommunistischen und sozialdemokratischen Historiographien außer Sicht geriet, waren früher vorhandene Demokratie-Vorstellungen bei Sozialistengruppen, die weder dem kommunistischen noch dem sozialdemokratischen Paradigma entsprachen. Da gibt es zunächst die Geschichte der frühen Arbeiterbewegung, die der Bildung „regelrechter“ sozialdemokratischer Parteien vorausging. Diese Geschichte wird in den kommunistischen und sozialdemokratischen Erzählungen allzuoft als bloße Vorgeschichte behandelt. Aber das war häufig eine andere Geschichte als jene der späteren sozialistischen Massenparteien. Zum Beispiel vertraten in Großbritannien die radikalen Arbeiterorganisationen der Chartisten in den 1830er und 1840er Jahren Forderungen nach einem demokratischeren Gemeinwesen, die einige Sozialistengruppen in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aufgriffen. Sie wurden aber nach 1906 im Mainstream, in der Labour Party, zu Randerscheinungen.<sup>28</sup> In Deutschland hat Thomas Welskopp erst unlängst die Frühgeschichte der Sozialdemokratie wieder zu einer voll berechtigten Eigengeschichte erhoben. Er hob durchgängig hervor, daß die frühe Sozialdemokratie integrierender Bestandteil einer demokratischen und nationalrevolutionären Volksbewegung war. In der organisationsinternen Demokratie mit vereinbarten Satzungen und gewählten Komitees standen ihre Mitglieder niemandem nach. In ihrer Verbandskultur pflegten sie eine aktive Bürgerschaftlichkeit und betrachteten diese als Schlüssel zur Selbstverwirklichung.<sup>29</sup> Desgleichen zeigte Maurice Agulhon für die frühe französische Arbeiterbewegung, wie die Arbeiter in Vereinen, Klubs und Gesellschaften ihren eigenen öffentlichen Raum gestalteten und ein breites Spektrum sozialer, politischer und kultureller Anliegen artikulierten.<sup>30</sup>

Die frühe Arbeiterbewegung in Europa mitsamt den Abteilungen, die Marx und Engels als utopische Sozialisten abtaten, entwickelte in der Tat Gedanken zum Kommunitarismus, zur Kooperation und zur Selbstverwaltung, die in sozialdemokratischen Geschichtsdarstellungen weitgehend übergangen wurden. Sie verfochten und praktizierten häufig auch die Frauenbefreiung und eine radikale Genderpolitik, mit der die Linken oft erst im späten 20. Jahrhundert gleichzogen.<sup>31</sup>

Manche dieser Traditionen aus dem frühen 19. Jahrhundert überlebten und gediehen weiter in den anarchosyndikalistischen Gepflogenheiten der direkten industriellen Aktion und der Arbeiterselbstverwaltung. Zwar agierten einige Anarchistenkreise strikt konspirativ, mit autoritärer Führung und der Tendenz, demokratische Verfah-

---

28 Siehe Logie Barrow/Ian Bullock: *Democratic Ideas and the British Labour Movement, 1880-1914*, Cambridge 1996.

29 Siehe Thomas Welskopp: *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000.

30 Siehe Maurice Agulhon: *The Republic of the Village: The People of the Var from the French Revolution to the Second Republic*, Cambridge 1982.

31 Siehe Pamela Pilbeam: *French Socialists Before Marx. Workers, Women and the Social Question in France*, Teddington 2000, insbes. Kap. 6 über „die ‚neue‘ Frau“.

ren in jeder Hinsicht zu mißachten. Andere waren dagegen für weitestgehende partizipative Demokratie in lokalen, auf engere Ziele orientierten Gemeinschaften souveräner Individuen, die möglichst in freiwilligen größeren Föderationen kooperieren und im Idealfall keine komplizierten Vertretungsformen entwickeln sollten. Überall stand die anarchosyndikalistische Haltung, die mißtrauisch alle zentralistischen Organisationen und Institutionen, einschließlich politischer Parteien, Parlamente, Kirchen und Staat, ablehnte, in ausgeprägtem Kontrast sowohl zur sozialdemokratischen als auch zur kommunistischen Tradition.<sup>32</sup>

In der Revolutionsperiode zwischen 1917 und 1923 waren Räterepubliken das Ziel einer Reihe von sozialistischen Revolutionären in Mittel- und Osteuropa. Sie hegten Vorstellungen von einer radikalen und direkten Demokratie, die oft mit Forderungen nach stärkerer Kontrolle über Abgeordnete, dem Eintreten für Volksentscheide und Volksbefragungen sowie mit Vorschlägen für rotierende Führungswechsel einhergingen. Letztere sollten der Heldenverehrung vorbauen, die in sozialdemokratischen und kommunistischen Organisation dermaßen hervorstach.

Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten die Linksozialisten eine gesonderte Gruppe zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten. Mehrere Parteien schlossen sich weder der Komintern noch der sozialdemokratischen II. Internationale an, sondern gründeten 1921 die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, auch als „Wiener Union“ bezeichnet. Während der 1920er und 1930er Jahre setzte sich eine Reihe unabhängiger Sozialisten über die scharfen Zweiteilungen zwischen kommunistischem Dogmatismus und sozialdemokratischem Reformismus hinweg. Häufig sind gerade in dieser Gruppe die interessantesten Gedanken zur Demokratie zu finden. Die Demokratie wurde nicht einfach als politischer Prozeß betrachtet, sondern als Mechanismus der Entscheidungsfindung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen, der auf allen Ebenen der Gesellschaft wirksam werden mußte. Als Kernfrage galt nicht die politische, sondern die soziale Macht. Demokratische Verfahren wurden in allen Machtverhältnissen als erforderlich angesehen – in der Familie, an der Arbeitsstelle, in Nachbarschaftsgruppen und sogar in der Armee. Unter denjenigen Linksozialisten, die sich weder dem Reformismus der Sozialdemokratie noch den undemokratischen Possen der Kommunisten verschreiben wollten, waren Ideen zur Wirtschaftsdemokratie, zur Arbeiterkontrolle, Sozialisierung und Arbeiterselbstverwaltung besonders stark ausgeprägt.

Besonderer Nachdruck wurde oft auf die Demokratisierung des ökonomischen Bereichs gelegt. Forderungen nach „Wirtschaftsdemokratie“ waren in der Zwischenkriegszeit populär und wurden damals sogar von vielen sozialdemokratischen Parteien übernommen. In Deutschland arbeitete Fritz Naphtali, der von 1925 bis 1928 das Institut für Wirtschaftsforschung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) leitete, diese Idee aus. Die Demokratisierung des ökonomischen Bereichs

---

32 Siehe Marcel van der Linden/Wayne Thorpe (Hrsg.): *Revolutionary Socialism: An International Perspective*, Amsterdam 1989; David Goodway (Hrsg.): *Anarchism: History, Theory and Practice*, London 1989.

sollte durch Erweiterung der Befugnisse der Betriebsräte und durch Schaffung von Institutionen für ökonomische Selbstverwaltung, in denen die Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Arbeitgebern vertreten sein sollten, erreicht werden. Erste Schritte zur „Wirtschaftsdemokratie“ seien bereits im Kapitalismus zu erzielen, hauptsächlich durch staatliche Eingriffe in zentrale ökonomische Entscheidungsprozesse. Vollständige „Wirtschaftsdemokratie“ wäre jedoch, wie Naphtali betonte, erst in einer sozialistischen Wirtschaft möglich. Deshalb blieben die Transformation des Kapitalismus und die Demokratisierung der Verfügung über das Privateigentum an den Produktionsmitteln das langfristige Ziel des ADGB.<sup>33</sup> Die niederländische SDAP forderte am Ende des Ersten Weltkrieges ebenfalls eine bedeutend verbesserte Beteiligung der Arbeiter am Management.<sup>34</sup> In Großbritannien bezeugten nach 1918 die Whitley-Räte sowie in den späten 1920er Jahren die Mond-Turner-Verhandlungen ein Interesse an Wirtschaftsdemokratie in Teilen der britischen Gewerkschaftsbewegung, das sich mehr theoretisch auch bei Sidney Webb, G.D.H. Cole und Harold Laski zeigte.<sup>35</sup> In Frankreich erklärte Jaurès, daß die politische Demokratie der Republik auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes ausgedehnt werden müsse.<sup>36</sup>

Doch ungeachtet dessen, daß Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie unter Sozialdemokraten aus dem Mainstream populär waren, finden wir in der Zwischenkriegszeit das meiste Interesse an der Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft bei Gruppen von linken Sozialdemokraten, Gilden-Sozialisten, Anarchosyndikalisten und unorthodoxen Kommunisten. Der Etatismus kommunistischer oder sozialdemokratischer Spielart ließ ihrer Ansicht nach das Problem der sozialen Macht außer Betracht und war nicht aktiv bestrebt, die Werk tätigen im Alltagsleben zu bevollmächtigen. Die Menschen sollten im Tagesgeschehen Demokratie praktizieren, statt die Verantwortung für Entscheidungen an gewählte Vertreter oder eine Avantgarde-Partei zu delegieren. Sie sollten ermutigt werden, direkter über ihr eigenes Leben zu bestimmen. Ortsgebundene direkte Demokratien, wo die Menschen in allen Lebensbereichen Demokratie realisieren könnten, hätten den Vorzug zu bekommen gegenüber dem erdrückenden Gewicht stark bürokratisierter Parteien, Gewerkschaften und Staaten. Rosa Luxemburgs Opposition gegen Lenin beruhte vor allem auf anderen Ideen vom demokratischen Aufbau der Gesellschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg traten viele dieser Anliegen wieder hervor, als 1956 erstmals die Neue Linke auftrat, in den 1960er Jahren die Studentenbewegung vor-

33 Siehe John Moses: The Concept of Economic Democracy within the German Socialist Trade Unions during the Weimar Republic, in: *Labour History*, Jg. 34, 1978, S.45-57.

34 Siehe Lex Heerma van Voss: The Netherlands, in: Berger/Broughton (Hrsg.): *Force of Labour*, S.39-70, hier S.50.

35 Siehe Jutta Rabenschlag-Kräußlich: Parität statt Klassenkampf? Zur Organisation des Arbeitsmarkts und Domestizierung des Arbeitskampfs in Deutschland und England 1900-1918, Frankfurt a. M. 1983; Michael Dintenfass: The Politics of Producers' Co-operation: the FBI-TUC-NCE Talks 1929-1933, in: John Turner (Hrsg.): *Businessmen and Politics: Studies of Business Activity in British Politics, 1900-1945*, London 1984.

36 Siehe Kołakowski, *Main currents*, Bd. 2, S.130.

drang und die zweite Welle des Feminismus anließ, in den 1970er Jahren die grün-ökologischen Bewegungen anwuchsen und in den 1980er und 1990er Jahren Vorstellungen von aktiver Bürgerschaftlichkeit im kommunitaristischen Denken wieder auflebten.

1956 kam es in Osteuropa zu verschiedenen Versuchen, die stalinisierten Volksdemokratien zu demokratisieren. Am weitesten gingen die Reformen in Polen und Ungarn, wo sie wirtschaftliche, kulturelle und politische Liberalisierung sowie Experimente mit Basisdemokratie einschlossen, die schließlich zur Proklamierung eines Mehrparteienstaates in Ungarn am 30. Oktober und zum Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 führten. Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts am 4. November 1956 und die rasche Wiedererrichtung eines dogmatischen kommunistischen Regimes lösten in Westeuropa auf Dauer die Bindungen großer Teile der intellektuellen Linken an die Sowjetunion und das kommunistische Projekt in Osteuropa.

Die Kritik am Stalinismus ging im Westen mit fortdauerndem Festhalten am Antikapitalismus einher. Linke Intellektuelle erkundeten alternative Wege zur Überwindung der kapitalistischen Systeme des Westens. E. P. Thompsons Beschäftigung mit der Ethik (statt der Ökonomik) des Kapitalismus und sein Insistieren auf der Lebensführung der Arbeiter im Kapitalismus waren eine direkte Reaktion auf seine gedankliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten im Anschluß an 1956. Sein Interesse für die Tätigkeiten der Arbeitenden war auch ein Interesse für die Art, wie die Menschen ihr Alltagsleben organisierten.<sup>37</sup>

In den 1960er Jahren waren die Studenten sehr angetan von Max Horkheimers Attacken auf den „integralen Etatismus“. Dieses Konzept hatte Horkheimer erstmals 1942 im kalifornischen Exil vorgelegt. Ihm zufolge hatte der „autoritäre Staat“ – ob kapitalistischer oder kommunistischer Machart – seine Machtmechanismen dermaßen vervollkommenet, daß er ohne Rückgriff auf offenen Terror funktionieren könne. In kapitalistischen Staaten seien sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften integrierende Bestandteile des autoritären Staates geworden. Vormalige Organisationen für die Interessen der Arbeiter, hätten sie den Fortschrittsbegriff auf das Vorankommen des Staatskapitalismus heruntergeschraubt. Der reale Widerpart in Horkheimers energischem Essay waren die Bürokratie und der bürokratische Staat. Das Ziel war, den Individuen Spielräume für Entscheidungen über ihr Leben gegen übermächtige zentralisierte Bürokratien zu verschaffen.<sup>38</sup>

Die Bedeutung von 1968 für die Linke in Europa lag im Verfechten des Antiautoritären und in der Formulierung einer neuen demokratischen Politik des Alltagslebens, die stolz deklarierte: Das Persönliche ist politisch. Sie forderte die Herrschaft der

---

37 Siehe z. B. E. P. Thompson: *The Communism of William Morris: A lecture by Edward Thompson given on 4th May 1949 in the Hall of the Art Workers' Guild, London*, London 1965, S.18.

38 Siehe Max Horkheimer: *Autoritärer Staat*, in: ders.: *Gesellschaft im Übergang*, Frankfurt a.M. 1981.

Menschen über ihr eigenes Leben und stellte Praktiken der Selbstverwirklichung jener Entfremdung gegenüber, die der passive Konsumismus produzierte.<sup>39</sup> An den Universitäten experimentierten die Studenten mit neuen demokratischen Lehr- und Studienformen.

1968, im Anschluß an die studentische Rebellion der 1960er Jahre, sehen wir auch eine starke feministische Bewegung entstehen. Zu ihren Hauptanliegen gehörte die Befreiung der Frauen, die nachweislich am meisten unter der autoritären Regelung der Gender-Beziehungen litten. Frauen-Befreiungsbewegungen kamen plötzlich in ganz Westeuropa auf. In kleinen ortsgebundenen und demokratisch verfaßten Gruppen koordinierten sie einfallreiche Kampagnen für die Legalisierung der Abtreibung und gegen eine große Menge von Praktiken, die Frauen diskriminieren und herabsetzen. Die wichtigsten Forderungen der Feministen waren insbesondere die nach dem Recht der Frauen auf Bestimmung über ihren eigenen Körper (reproduktive Rechte) sowie auf Beschäftigung, gleiche Entlohnung und generell auf Zugang zu sozialer und politischer Macht, und alle waren eng mit Fragen der Demokratie verbunden.<sup>40</sup>

Die grüne Bewegung griff die Kritik an kommunistischen und sozialdemokratischen Fortschritts-Vorstellungen auf, die linke Dissidenten in den 1950er und 1960er Jahren geäußert hatten. Sie betonte, daß Lebensqualität nicht bloß an maximalen ökonomischen Wachstumsraten und steigendem Konsumniveau gemessen werden kann. Ein derartiger Fortschritt hatte zu entfremdenden Formen des Konsumismus und zu rücksichtsloser Ausbeutung der Natur geführt. Dringend erforderlich sei es, neue Wege zur Gestaltung sozialer Gemeinschaften und kollektiver Identitäten zu suchen. Die Grünen pflegten die antiautoritäre Gegenkultur von 1968 und wollten Unterstützung für Projekte, die wie in der studentischen Rebellion der 1960er Jahre den Geist der partizipativen Demokratie und der direkten Aktion atmeten. Als Parteien konnten sie sich schwer mit festen und bürokratisierten Organisationsstrukturen anfreunden und bildeten lieber informelle, lockere Organisationen, die oft eine tief verwurzelte Abneigung gegen Formen von Führerschaft und Offizialität zeigten. Ihr „Nein“ zum Konsumismus fand seinen Ausdruck in der Formulierung einer spezifischen post-materialistischen politischen Agenda, die in den 1980er und 1990er Jahren erhebliche Anteile verschiedener europäischer Wählerschaften für sich einnehmen konnte.<sup>41</sup> Eine Reihe von grünen Denkern versuchte, – oft sehr unterschiedliche – Antworten auf die zentrale Frage nach der Neugestaltung des Verhältnisses der Menschheit zur natürlichen Umwelt und nach der Demokratisierung des Alltagslebens der Bürger in ganz Europa zu geben.<sup>42</sup>

---

39 Siehe Ronald Fraser u. a.: 1968: A Student Generation in Revolt, New York 1988; David Caute: The Year of the Barricades: A Journey through 1968, New York 1988.

40 Siehe Monica Threlfall (Hrsg.): Mapping the Women's Movement: Feminist Politics and Social Transformation in the North, London 1996.

41 Siehe Gerassimos Moschonas: In the Name of Social Democracy. The Great Transformation: 1945 to the Present, London 2002, S.154-156.

42 Siehe Alan Scott: Ideology and the New Social Movement, London 1990.

Kommunitaristische Denker gingen, nicht anders als die grünen Theoretiker, davon aus, daß die Menschen von der Bevormundung seitens großer zentraler Organisationen befreit werden müssen. Die Kommunitaristen stellten sich die Gesellschaftsordnung oft so vor, daß sie aus kleinen dezentralisierten Gemeinden bestehen soll, in denen die einzelnen einander kennen und auf gemeinsamer Wert- und Normenbasis zusammenwirken.<sup>43</sup> Kommunitaristische Denker haben an Sozialdemokraten und Kommunisten kritisiert, daß sie sich einseitig damit befaßten, die Gleichverteilung von Ressourcen zu optimieren. Dabei hätten sie die zentrale Frage übergangen, wie die Menschen in Entscheidungsprozesse, die diese Ressourcenbewilligungen betreffen, einbezogen werden können. Deshalb sei die traditionelle Linke nicht fähig gewesen, eine überzeugende Theorie der politischen Demokratie, die das aktive Engagement der Bürger in den Mittelpunkt rückt, hervorzubringen. Statt dessen habe sie einen „Ammen-Staat“ geschaffen, der bei großen Teilen der Unterprivilegierten Abhängigkeit von Sozialleistungen und die passive Hinnahme zunehmend geschmälerter Leistungen seitens eines entkräfteten, mit einer Wirtschaftskrise nach der anderen ringenden Staates produziere. Nach Ansicht der Kommunitaristen muß die erforderliche Einschränkung des öffentlichen Sektors mit Anreizen zu aktiveren Formen von Bürgerschaftlichkeit einhergehen, wodurch die Menschen zur Eigenkontrolle über ihr Leben ertüchtigt würden. Das sei nur dort möglich, wo diverse Formen sozialer Ausgrenzung wirksam überwunden werden. Das neue sozialdemokratische Denken – insbesondere der britischen Labour Party – hat umfangreiche Anleihen bei den kommunitaristischen Auffassungen von Bürgerschaftlichkeit genommen.<sup>44</sup>

Während des 20. Jahrhunderts zeigten Minderheitentraditionen in der Linken durchweg bemerkenswerten Sinn und Interesse für die Probleme der demokratischen Organisationen der Gesellschaft, einen Sinn, der dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen Mainstream weitgehend (wenn auch nie vollständig) abging. Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ist die Zweiteilung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die das Vorjahrhundert strukturierte, verschwunden. Der Klassenstandpunkt ist längst nicht mehr die dominante Scheidelinie in europäischen Politiken. Die globale Wirtschaftsordnung heißt Kapitalismus, und ihr Widersacher in Gestalt der Anti-Globalisierungs-Bewegung ist ein Gemisch von Anti-Bewegungen, denen es sowohl an Zusammenhalt als auch an überzeugenden Alternativen mangelt.

Außer Zweifel steht, daß der kommunistische Weg ein gewaltiger Fehlschlag war: Er konnte zu keinem lebensfähigen sozialökonomischen System führen, konnte oft nicht einmal die Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung erfüllen. Was insbesondere

---

43 Siehe Michael Taylor: *Community, Anarchy and Liberty*, Cambridge 1982; Amitai Etzioni: *The New Golden Rule: Community and Morality in a Democratic Society*, New York 1996 (dt.: *Die Verantwortungsgesellschaft*, Frankfurt a. M.-New York 1997).

44 Siehe Andrew Gamble/Anthony Wright (Hrsg.): *The New Social Democracy*, Oxford 1999; Lothar Funk (Hrsg.): *The Economics and Politics of the Third Way*, Hamburg 1999.

den Gegenstand dieses Aufsatzes angeht, versäumte es der kommunistische Weg, demokratische Verfahren, die ihm Legitimität unter größeren Teilen der Bevölkerung verschafft hätten, zu entwickeln. Statt dessen verließ er sich auf zentralisierte Bükratien, die Neuerungen abwürgten und menschliche wie natürliche Ressourcen in großem Maß vergeudeten.

Im Vergleich dazu hat die Sozialdemokratie eine beachtliche Erfolgsgeschichte aufzuweisen. Westeuropa wurde im Verlauf des 20. Jahrhunderts weitgehend verändert. Die sozialdemokratischen Prinzipien der Gleichheit, der Wohlfahrt und des staatlichen Eingreifens in die Märkte halfen, es für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zu einem besseren Raum zu gestalten. Es gibt immer noch empörende Ungleichheiten im Konsum, aber selbst der ärmere Teil der Bevölkerung erhielt in zuvor beispiellosem Maß Zugang zu Ressourcen.

In den 1980er Jahren kam die Sozialdemokratisierung der europäischen Politik ins Stolpern. Der siegreiche Neoliberalismus stempelte drei der vier Säulen des alten sozialdemokratischen Selbstverständnisses als Hauptübel und Ursachen der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre ab: Der Etatismus, die keynesianische Wirtschaftspolitik und der Sozialstaat standen von nun an als verwerflich da. Nur eine Säule blieb weitgehend heil: das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Demokratie. Die Demokratie schien, nach den Worten von Paul Hirst, tatsächlich „die beste Antwort des Sozialismus an die Rechte“<sup>45</sup> zu sein. Aber solch eine Erklärung führt uns nur im Kreis herum und zurück auf die Frage: Was für eine Demokratie?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts muß das Demokratie-Projekt neu durchdacht werden. In den 1990er Jahren war viel die Rede von der wachsenden Ernüchterung der Wähler über die politischen Parteien, die ihren Ausdruck in immer geringerer Wahlbeteiligung fand. In zunehmender Anzahl zogen sich Bürger sogar aus dem begrenzten Raum zurück, in dem sie vorher aktiv waren: aus der Wahlkabine. Ihre Passivität schien die Legitimität repräsentativer Demokratien zu gefährden. Diese Entwicklung hing gewiß auch mit der einseitigen sozialdemokratischen Sorge darum zusammen, den Bürgern angemessene Ressourcen zu verschaffen und sie vor den Kapripen der Märkte zu schützen. Derart etatistische Politiken versahen passive Bürger mit Rechten wie auch mit Pflichten und produzierten einen staatlich dirigierten Kollektivismus. Politik und politische Prozesse entfernten sich immer weiter vom Alltagsleben der Bürger. In das Institutionensystem, das sie vor Willkürherrschaft schützen sollte, waren diese kaum einbezogen. Wenn Freiheit institutionalisiert sein muß, dann ist sie heute sicherlich zu sehr institutionalisiert. Macht wurde zu sehr *für* die Bürger statt *von* den Bürgern ausgeübt. Tatsächlich wurde oft ausdrücklich von Aktivierung und Politisierung der Bürger abgesehen, weil hochgradige Politisierung als gefährlich für die politische Stabilität galt. Joseph Schumpeter behauptete 1942 in seiner Untersuchung zum Verhältnis zwischen Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Menschen neigten zu unvernünftigem Handeln. Man könne sich nicht darauf verlassen,

---

45 Paul Hirst: *Democracy: Socialism's Best Reply to the Right*, in: Barry Hindess (Hrsg.): *Reactions to the Right*, London 1990, S.161.

daß sie vernünftige beziehungsweise moralische Entscheidungen treffen.<sup>46</sup> Schumpeter, der vor dem europäischen Faschismus geflüchtet war, fühlte sich von massenpsychologischen Theorien angezogen, und der Sieg des Faschismus in vielen europäischen Staaten der Zwischenkriegszeit warf lange Schatten auf die demokratischen Theorien der Nachkriegsära. Das Volk sollte nichts weiter tun, als alle paar Jahre zu wählen.

Es kann gesagt werden, daß die seitens der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert betriebene Erweiterung der Bürgerrechte nicht immer die Förderung aktiverer Formen von Bürgerschaftlichkeit einschloß. In den 1960er und 1970er Jahren hatten manche Linke bereits behauptet, die repräsentativen Demokratien im Westen gleichen „dünnen Demokratien“.<sup>47</sup> Heute haben diese Demokratien es nötig, sich der entscheidenden Frage zuzuwenden, wie in ihrer jeweiligen Bevölkerung ein aktiverer Bürgersinn geweckt werden soll. Bürgerschaft muß weniger vom Status und mehr von aktiver Praxis und Erfahrung leben. Doch solche Bürger müssen geschaffen werden: Sie brauchen Ressourcen, insbesondere Bildung, Wissen und Erfahrung; aber das fortdauernde Bestehen hierarchischer und autoritärer Strukturen in der Gesellschaft wird zum deutlichen Hindernis für die Möglichkeit demokratischen Lernens.<sup>48</sup>

Eine Reihe von unterschiedlichen Denkern der Gegenwart hat wenigstens begonnen, dieses Problem, mehr Menschen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, zu bearbeiten.<sup>49</sup> Und eine transformierte Sozialdemokratie ringt mit der Aufgabe, einige der oben umrissenen Hauptfragen anzupacken.<sup>50</sup> So ist zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der Demokratisierung ein zentraler Bestandteil von Anthony Giddens „Drittem Weg“. In seiner historischen Analyse kommt Giddens zu dem Schluß, daß „der Sozialismus eng mit Demokratie-Idealen verbunden ist [...] Der reformistische Sozialismus [...] hat die Bedeutung der Demokratie für sozialistische Ziele anerkannt [...] Die Demokratie bietet dem Wesen nach ein Gefüge, innerhalb dessen sozialistische Parteien friedlich zur Macht aufsteigen und ihr Programm des Wandels verwirklichen können.“<sup>51</sup> Tatsächlich hat die Sozialdemokratie Beträchtliches für die Demokratisierung geleistet. Sie hat entscheidend zur Stärkung der par-

---

46 Siehe Joseph Schumpeter: *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York 1942 (dt. zuerst: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946).

47 Siehe Benjamin R. Barber: *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*, Berkeley (Kalifornien) 1984; siehe auch Philip Green: *Retrieving Democracy*, London 1985.

48 Siehe Adrian Oldfield: *Citizenship: An Unnatural Practice?*, in: *Political Quarterly* Jg. 61, 1990, S.177-187.

49 Siehe Edmund Neill: *British Political Thought in the 1990s*, in: Stefan Berger (Hrsg.): *Labour and Social History in Great Britain: Historiographical Reviews and Agendas 1990 to the Present*, Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen Jg. 28, 2002, S.167-184.

50 Siehe Herbert Kitschelt: *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge 1994.

51 Anthony Giddens: *Beyond Left and Right: The Future of Radical Politics*, Cambridge 1994, S.59, 62.

lamentarischen Demokratie beigetragen, nicht zuletzt durch Wahlrechtsreformen. Sie festigte einen öffentlichen Raum, der öffentliche Freiheiten bewahrt. Sie verfolgte eine Zivilgesellschaft mit erweiterten Arbeiterrechten. Sie kämpfte für die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften und baute eine Wohlfahrtsgesetzgebung auf, die soziale Rechte verankert. Keine schlechte Bilanz nach allen erdenklichen Regeln.

Und doch beschäftigt die Notwendigkeit einer weiteren „Demokratisierung der Demokratie“ gegenwärtige Analytiker wie Giddens. Er ruft die Linke auf, über die orthodoxe liberale Demokratie hinauszugehen und mit der Ausdehnung der Demokratie auf weitere soziale Bereiche zu experimentieren. Letzten Endes, so argumentiert Giddens, könnte die Demokratisierung sehr wohl das Hauptmittel sein, um den sozialen Zusammenhalt in den westlichen Gesellschaften zu steigern.<sup>52</sup> Aufrufe zur „Demokratisierung der Demokratie“ und zur „zweiten Welle der Demokratisierung“ häufen sich in Giddens Schriften über den „Dritten Weg“. Demokratisierung der politischen Entscheidungsfindung, Verfassungsreform (Dezentralisierung), effiziente Verwaltung, weniger Bürokratie, lokale direkte Demokratie und stärkere aktive Einbeziehung der Bürger beschreiben „eine Regierungsform, deren Förderung das Ziel der Sozialdemokratie sein sollte: den neuen demokratischen Staat“.<sup>53</sup>

Giddens hat allerdings nicht als erster politischer Philosoph der Linken die Demokratie in den Mittelpunkt gerückt. Margaret Thatcher feierte den dritten ihrer aufeinanderfolgenden Wahlsiege, als John Keane nahelegte, die kriselnde sozialistische Tradition mit Hilfe der Demokratie-Theorie neu zu beleben. Sein erklärtes Ziel war es zu zeigen, „wie die Bedeutung von ‚Sozialismus‘ radikal in ein Synonym für die Demokratisierung der Zivilgesellschaft und des Staates abgeändert werden kann und muß“.<sup>54</sup> Desgleichen, wenn auch mit anderen Akzenten, hat Jürgen Habermas ausführlich dargelegt, daß der Sozialismus unter liberal-demokratischen Aspekten umgedacht werden müsse. Seine Theorie des kommunikativen Handelns ist noch immer die Grundlage dafür, wie die Bürger Konsens anstreben und gemeinschaftliche Brüderlichkeit erreichen können.<sup>55</sup> Habermas betonte auch die Bedeutung der liberalen Freiheiten und der bürgerlichen Rechte. Letzten Endes ist, Habermas zufolge, die Frage, wie die Macht organisiert wird, durch Entscheidungen darüber, wer zur Macht gelangt, nicht gelöst. Deshalb wird das Recht zum zentralen Element, einen prekären Interessenausgleich in demokratisch verfaßten Gesellschaften zu bewahren.<sup>56</sup>

---

52 Siehe ebenda, S.104-133.

53 Siehe Anthony Giddens: *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, Cambridge 1998, S.70-77; ders.: *The Third Way and its Critics*, Cambridge 2000, S.58-63.

54 John Keane: *Democracy and Civil Society. On the Predicaments of European Socialism, the Prospects for Democracy and the Problem of Controlling Social and Political Power*, London 1987, S.XIII.

55 Siehe Jürgen Habermas: *The Theory of Communicative Action*, 2 Bde., New York 1989; siehe auch Axel Honneth/Hans Joas (Hrsg.): *Communicative Action: Essays on Jürgen Habermas's Theory of Communicative Action*, Harvard 1991.

56 Siehe Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a. M. 1992.

Im 21. Jahrhundert muß die Linke die Ordnung der Dinge umkehren. In einem Werk, das gewiß die temperamentsvollste Verteidigung der Ambitionen der europäischen Linken und zugleich die schärfste Kritik ihrer Fehlschläge bietet, vertrat Geoff Eley unlängst in marxistischer Sicht den Standpunkt: „Wenn ‚die Linke‘ nicht mit dem Sozialismus, sondern mit einem umfassenderen und anspruchsvolleren Demokratie-Gefüge in allen zugehörigen sozialen, ökonomischen, kulturellen und persönlichen Dimensionen gleichgesetzt wird, könnten die untauglich machenden Folgen der Krisen des Sozialismus während des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts unter Kontrolle gebracht werden.“<sup>57</sup> Meiner Ansicht nach ist das grundsätzlich richtig und bietet die ergiebigste Sichtweise für heutige Darstellungen zur Geschichte der Linken. Eley, der in vielerlei Hinsicht versucht, Rosenbergs Geschichte des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus für das 21. Jahrhundert neu zu schreiben, legt großen Nachdruck auf das Bestreben der Demokratie, den Kapitalismus zu transformieren. Das ist zweifellos ein legitimer Standpunkt, aber es ist zugleich ein sehr traditioneller Standpunkt. Denn letzten Endes behält Eley, wie so viele linke Autoren vor ihm, die Priorität des Sozialökonomischen gegenüber dem Politischen bei. Bezeichnend ist, daß er in dem Buch durchweg vor präzisen Definitionen dessen, was er unter Demokratie versteht, zurückscheut. Problematisch ist, daß Eley Fortschritte der Demokratie an eine revolutionäre Perspektive bindet: „Die bedeutendsten Gewinne für die Demokratie wurden immer nur per Revolution erzielt.“<sup>58</sup> Revolutionäre Romantik scheint auf, wenn er schreibt: „Es bleibt etwas einzigartig Inspirierendes an dem Schauspiel in politische Bewegung geratener Menschenmassen, die gemeinsam die Zukunft in Angriff nehmen.“<sup>59</sup> Doch in der Einleitung, in der Eley von der Demokratie spricht, ist fast ausschließlich von liberalen Demokratie-Auffassungen und von Rechtsstaatlichkeit die Rede. Von einer liberalen Demokratie-Auffassung ausgehend, hätte die Linke natürlich viele Verbündete unter den europäischen linken Liberalen und christlichen Demokraten, die ebenfalls anstreben, die Teilhabe an der Demokratie auf breitere Bevölkerungsschichten auszudehnen. Bezeichnend ist, daß Eley an zwei Stellen tatsächlich die christliche Demokratie in seine Auffassung von der Linken einbezieht – allerdings ohne die Grundlagen der christlich-demokratischen Politik im Nachkriegs-Europa auch nur im Ansatz zu diskutieren.<sup>60</sup> Wenn Eley zuweilen bereitwillig zugesteht, daß die Sozialdemokraten Bedeutendes zu den Fortschritten der Demokratie im Europa des 20. Jahrhunderts beigetragen haben, so neigt er an anderen Stellen des Buches dazu, ihren Reformismus und Parlamentarismus zurückzuweisen. So wird zum Beispiel die „Verfassungsgläubigkeit“ („*constitutionalisation*“) der sozialdemokratischen Parteien in der Zwischenkriegszeit einseitig als konservatives Komplott dargestellt, den Radikalismus

---

57 Eley, *Forging Democracy*, S.503.

58 Ebenda, S.X.

59 Ebenda.

60 Siehe ebenda, S.289, 242.

der Arbeiterklasse abzuschwächen.<sup>61</sup> Reformistische Parteien wie die britische Labour Party seien in den 1980er Jahren „im parlamentaristischen Trott steckengeblieben“;<sup>62</sup> als ob politische Parlamentsarbeit wenig zu bedeuten habe. Während Eley das zurückweist, was für das demokratische Selbstverständnis der Sozialdemokraten entscheidend war, zeigt er zugleich bemerkenswerte Sympathien für das kommunistische Projekt, obwohl er zugeben muß, daß das sowjetische Modell die Demokratie aus dem Sozialismus „hinausgesäubert“ hat.<sup>63</sup> Kreative Energien und intellektuelles Potential werden ein um das andere Mal zuerst im westlichen Kommunismus, im Eurokommunismus und danach in den neuen sozialen Bewegungen lokalisiert, wogegen die Sozialdemokratie bestenfalls den widerwilligen Respekt des Autors erhält. Doch wie sehr man auch mit dieser eigenartigen Einstellung zur Linken differieren mag, letzten Endes hat Eley Recht: Die Geschichte der Linken als Triebkraft demokratischen Fortschritts im 19. und 20. Jahrhundert „muß wiederentdeckt und nach Verdienst behandelt werden“.<sup>64</sup> Sie muß gerade deshalb wiederentdeckt werden, weil die Linke diesen Aspekt ihrer Geschichte als Teil des größeren Kampfes um Bändigung oder Überwindung des Kapitalismus stets untertrieben hat. Eine gründliche Diskussion der Demokratie muß indessen, meiner Ansicht nach, von Debatten über sozialökonomische Systeme befreit werden. Natürlich muß das ökonomische System der Gesellschaft ebenfalls demokratisiert werden, und der Kapitalismus war und bleibt ein großes Hindernis auf diesem Weg. Daher ist der Antikapitalismus als Durchbruch zur Demokratie eine für die Linke taugliche Kritik. Aber die Demokratie ist ein tiefergreifendes und bedeutenderes Projekt als die Überwindung des Wirtschaftssystems des Kapitalismus. Die Demokratie muß echten Vorrang vor müden Debatten über sozialökonomische Transformationen erhalten. Der deutsche Soziologe Oskar Negt, ehemaliger 68er und zeitweiliger Berater des Kanzlers Gerhard Schröder, hat unlängst erklärt: „Eine öffentliche Debatte über Demokratie und Sozialismus [...] wäre ein erster wichtiger Schritt zur Lösung des Selbstverständigungsdilemmas der Linken.“<sup>65</sup> Ich bin versucht zu fragen: Wieso ein erster Schritt? Betrachtet doch eine Diskussion über Demokratie und Sozialismus als den entscheidenden Schritt zu einer anderen Identität der Linken, die auf die Dauer ihre einseitige Fixierung auf die Wirtschaft zur Ruhe bettet. Die Linke kann nicht aus ihrer eigenen Geschichte „hinaustreten“<sup>66</sup>, aber sie kann beginnen, andere Geschichten über ihre Vergangenheit zu erzählen, und damit Einfluß auf die Art und Weise nehmen, wie sie die Zukunft gestalten kann.

Aus dem Englischen übersetzt von Joachim Wilke.

---

61 Siehe ebenda, S.241.

62 Ebenda, S.464.

63 Siehe ebenda, S.306.

64 Ebenda, S.10.

65 Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Frankfurt a. M. 1998, S.166, siehe auch S.135-142 zu einer Diskussion über neue Formen demokratischer Teilhabe.

66 Gerassimos Moschonas zieht die Folgerung, daß „die Sozialdemokratie bereit ist, aus ihrer eigenen Geschichte ‚hinauszutreten‘“ (Name of Social Democracy, S.329).